



# AMTSBLATT DER GEMEINDE HÜNXE

Nummer 16/2017

Amtliches Bekanntmachungsblatt

Hünxe, 04.09.2017

## Inhaltsverzeichnis:

		Seiten
1.	<u>Bekanntmachung:</u> Planfeststellung für den Neubau der Erdgasfernleitung ZEELINK, Abschnitt Düsseldorf (Station Hochneukirch bis Station Dämmerwald) der ZEELINK GmbH & Co. KG	1-7
2.	<u>Bekanntmachung:</u> Bebauungsplan Nr. 56 „Hafen Egbert Constantin / Gartrop-Bühl“ - Satzungsbeschluss	8-10

Gemeinde Hünxe, den 1. September 2017

## **Bekanntmachung**

### **Planfeststellung für den Neubau der Erdgasfernleitung ZEELINK, Abschnitt Düsseldorf (Station Hochneukirch bis Station Dämmerwald) der ZEELINK GmbH & Co. KG**

Die ZEELINK GmbH & Co. KG mit Sitz in 45141 Essen plant den Neubau einer rd. 215 km langen Erdgasfernleitung von Lichtenbusch in der Städteregion Aachen über St. Hubert im Kreis Viersen bis nach Legden im Kreis Borken. Das Projekt trägt den Namen „ZEELINK“ und ist in drei Abschnitte unterteilt, die von den Bezirksregierungen Köln, Münster und Düsseldorf bearbeitet werden.

Für den Abschnitt beginnend an der Station Hochneukirch (Gemeinde Jüchen) bis zur Station Dämmerwald (Gemeinde Schermbeck) im Regierungsbezirk Düsseldorf beantragt die ZEELINK GmbH & Co. KG bei der Bezirksregierung Düsseldorf die Durchführung des erforderlichen Planfeststellungsverfahrens nach den §§ 43 ff. des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) in Verbindung mit den §§ 72 ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) beantragt. Dieser Abschnitt beläuft sich auf ca. 105 km und wird im Gesamten von der Bezirksregierung Düsseldorf bearbeitet.

Für das Bauvorhaben einschließlich der landschaftspflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden Grundstücke in

,

der Stadt Mönchengladbach,	Gemarkung Schelsen, Gemarkung Odenkirchen
der Gemeinde Jüchen,	Gemarkung Hochneukirch, Gemarkung Kelzenberg
der Stadt Korschenbroich,	Gemarkung Glehn, Gemarkung Kleinenbroich, Gemarkung Liedberg
der Stadt Kaarst,	Gemarkung Büttgen,

	Gemarkung Kaarst
der Stadt Willich,	Gemarkung Schiefbahn,
	Gemarkung Willich
der Stadt Krefeld,	Gemarkung Benrad,
	Gemarkung Fischeln,
	Gemarkung Hüls
der Stadt Tönisvorst,	Gemarkung St. Tönis,
	Gemarkung Vorst
der Stadt Kempen,	Gemarkung Kempen,
	Gemarkung St. Hubert,
	Gemarkung Tönisberg
der Gemeinde Kerken,	Gemarkung Aldekerk,
	Gemarkung Stenden
der Gemeinde Rheurdt,	Gemarkung Rheurdt,
	Gemarkung Schaephuysen
der Gemeinde Issum,	Gemarkung Sevelen
der Stadt Kamp-Lintfort,	Gemarkung Hoerstgen,
	Gemarkung Kamp,
	Gemarkung Saalhoff
der Gemeinde Alpen,	Gemarkung Drüpt,
	Gemarkung Huck
der Stadt Rheinberg,	Gemarkung Borth,
	Gemarkung Millingen,
	Gemarkung Ossenberg,
	Gemarkung Rheinberg
der Stadt Voerde,	Gemarkung Spellen,
	Gemarkung Voerde
der Gemeinde Hünxe,	Gemarkung Bucholtswelmen,
	Gemarkung Drevenack

der Gemeinde Schermbeck,

Gemarkung Dämmerwald,

Gemarkung Weselerwald

beansprucht.

Für das Vorhaben besteht die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß § 3b i. V. m. Anlage 1 Nr. 19.2.1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung i. d. F. dieses Gesetzes, die vor dem 16.05.2017 galt (UVPG a.F.). Der Vorhabenträger hat unter anderem die gemäß § 6 UVPG a. F. nachfolgend aufgeführten Unterlagen vorgelegt, die Bestandteil der Auslegungsunterlagen sind:

Unterlagen Nr.	Bezeichnung der Unterlage	Verfasser	Datum
Kap. 1	Erläuterungsbericht	ZEELINK GmbH & Co. KG	09.06.2017
Kap. 9	Wasserrechtliche Belange und Beweissicherung	Dipl. Ing. Gajowski GmbH	
Kap. 13	Stationen und GDRM-Anlagen	Open Grid Europe	
Kap. 14	Kathodischer Korrosionsschutz (KKS)	Open Grid Europe	10.03.2017
Kap. 15	Umweltverträglichkeitsuntersuchung (UVU II)	bosch & partner Ingenieurbüro Feldwisch	02.06.2017 02.06.2017
Kap. 16	Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP)	bosch & partner Ingenieurbüro Feldwisch	02.06.2017 02.06.2017
Kap. 17	FFH-Verträglichkeitsstudie <ul style="list-style-type: none"><li>Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung für das FFH-Gebiet <b>DE-4504-302</b> „Tote Rahm“</li><li>Natura 2000-Verträglichkeitsprüfung für das VS-Gebiet <b>DE-4203-401</b> „Unterer Niederrhein“</li></ul>	bosch & partner  bosch & partner	02.06.2017  02.06.2017

	<ul style="list-style-type: none"> <li>Natura 2000-Vorprüfung für das FFH-Gebiet <b>DE-4405-301 „Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef“</b></li> </ul>	bosch & partner	02.06.2017
Kap. 18	Artenschutzfachbeitrag	bosch & partner Ingenieurbüro Feldwisch	02.06.2017 02.06.2017
Kap. 19	<p>Fachgutachten (Bodenschutz, Wasserrahmenrichtlinie, Archäologie)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Fachgutachten Bodenschutz</li> <li>Fachgutachten Bodenschutz (Anlage 1 - Karten)</li> <li>Fachgutachten Bodenschutz (Anlage 2 – Karten)</li> <li>Fachgutachten Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) Fachbeitrag zur prüfung der Vereinbarkeit des Vorhabens mit den Bewirtschaftungszielen nach §§ 27 bis 31 sowie § 47 WHG</li> </ul>	<p>bosch &amp; partner</p> <p>Ingenieurbüro Feldwisch</p> <p>Ingenieurbüro Feldwisch</p> <p>Ingenieurbüro Feldwisch</p> <p>bosch &amp; partner Ingenieurbüro Feldwisch</p>	<p>26.06.2017</p> <p>26.06.2017</p> <p>02.06.2017</p> <p>02.06.2017</p> <p>02.06.2017</p> <p>02.06.2017</p>
Kap. 20	Forstrecht	ZEELINK GmbH & Co. KG	xx.xx.xxxx

Der Plan (Zeichnungen und Erläuterungen) liegt in der Zeit

**vom 18.09.2017 bis einschließlich 17.10.2017**

im Geschäftsbereich III „Planen/Bauen“ der Gemeinde Hünxe, Rathaus, Dorstener Straße 24, 46569 Hünxe, 2. OG, Flurbereich, Auskünfte Zimmer 301 / 302 / 303

während der Dienststunden

montags	von 8.00 – 12.00 Uhr und 14.00 – 16.00 Uhr
dienstags	von 8.00 – 12.00 Uhr und 14.00 – 16.00 Uhr
mittwochs	von 8.00 – 12.00 Uhr
donnerstags	von 8.00 - 12.00 Uhr und 14.00 – 17.00 Uhr
freitags	von 8.00 – 12.00 Uhr

zur allgemeinen Einsichtnahme aus.

Zudem werden der Inhalt dieser Bekanntmachung sowie die Planunterlagen im Internet auf der Homepage der Bezirksregierung Düsseldorf, unter der Rubrik „Aktuelle Offenlagen“ ([http://www.bezreg-duesseldorf.nrw.de/bausteine/\\_MTT/MTT\\_aktuelle\\_offenlagen\\_fortsetzung.html](http://www.bezreg-duesseldorf.nrw.de/bausteine/_MTT/MTT_aktuelle_offenlagen_fortsetzung.html)) veröffentlicht; maßgeblich ist jedoch der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen (§ 27a Abs. 1 VwVfG NRW).

1. Jeder, dessen Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann bis spätestens zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist, das ist bis einschließlich **02.11.2017**, bei der Bezirksregierung Düsseldorf, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf (Anhörungsbehörde) oder bei der Gemeinde Hünxe - Geschäftsbereich III „Planen/Bauen“ - Einwendungen gegen den Plan schriftlich oder zur Niederschrift erheben. Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe einzulegen, können innerhalb der Frist Stellungnahmen abgeben. Die Einwendung oder Stellungnahme muss den geltend gemachten Belang und das Maß der Beeinträchtigung erkennen lassen.

**Nach Ablauf dieser Einwendungsfrist sind alle Einwendungen und Stellungnahmen nach § 43b EnWG i. V. m. § 73 Abs. 4 VwVfG NRW ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Eine Ausnahme von diesem Einwendungsausschluss kann sich mit Blick auf die Inhalte des Urteils des EuGH vom 15.10.2015 – C-137/14, insbesondere bezogen auf Schutzgüter entsprechend § 2 Abs. 1 UVPG, ergeben.**

Die Bezirksregierung Düsseldorf bietet die Möglichkeit an, Einwendungen und Stellungnahmen in rechtsverbindlicher elektronischer Form gemäß § 3a VwVfG NRW über das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) zu senden. Wegen der diesbezüglichen Zugangsvoraussetzungen wird auf die Internetveröffentlichung unter [www.brd.nrw.de/wirueberuns/EGVP.html](http://www.brd.nrw.de/wirueberuns/EGVP.html)

verwiesen. Eine einfache E-Mail erfüllt diese Anforderungen nicht und bleibt daher unberücksichtigt.

Bei Einwendungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), gilt für das Verfahren derjenige Unterzeichner als Vertreter der übrigen Unterzeichner, der darin mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als Vertreter bezeichnet ist. Vertreter kann nur eine (**einzelne**) natürliche Person sein (§ 17 Abs. 1 VwVfG NRW).

Gleichförmige Eingaben, die die vorgenannten Angaben nicht deutlich sichtbar auf **jeder** mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten oder deren Vertreter nicht **eine** natürliche Person ist, **können unberücksichtigt bleiben. Hierüber entscheidet die zuständige Behörde nach pflichtgemäßem Ermessen.** Ferner werden gleichförmige Eingaben insoweit unberücksichtigt bleiben, als Unterzeichner ihren Namen oder ihre Anschrift nicht oder unleserlich angegeben haben (§ 17 Abs. 2 VwVfG NRW).

2. Diese Bekanntmachung dient auch der Benachrichtigung der Vereinigungen nach § 73 Abs. 4 Satz 5 VwVfG NRW von der Auslegung des Plans.
3. Rechtzeitig erhobene Einwendungen und Stellungnahmen von Vereinigungen werden in einem Termin erörtert, der noch ortsüblich oder öffentlich bekannt gegeben wird, sofern nicht nach § 43a EnWG von der förmlichen Erörterung abgesehen wird.

Ferner werden diejenigen, die rechtzeitig Einwendungen erhoben haben, bei gleichförmigen Einwendungen der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt (§ 17 VwVfG NRW).

Sind außer der Benachrichtigung der Behörden und der Vorhabenträgerin mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können sie durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 73 Abs. 6 Satz 4 VwVfG NRW).

Die Vertretung durch einen Bevollmächtigten ist möglich. Die Bevollmächtigung ist durch eine schriftliche Vollmacht nachzuweisen, die zu den Akten der Anhörungsbehörde zu geben ist.

Bei Ausbleiben eines Beteiligten in dem Erörterungstermin kann auch ohne ihn verhandelt werden. Das Anhörungsverfahren ist mit Abschluss des Erörterungstermins beendet.

Der Erörterungstermin ist nicht öffentlich.

4. Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Erhebung von Einwendungen und

Stellungnahmen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

5. Entschädigungsansprüche werden, soweit über sie nicht in der Planfeststellung dem Grunde nach zu entscheiden ist, nicht in dem Erörterungstermin, sondern in einem gesonderten Entschädigungsverfahren behandelt.
6. Über die Einwendungen und Stellungnahmen wird nach Abschluss des Anhörungsverfahrens durch die Planfeststellungsbehörde (Bezirksregierung Düsseldorf) entschieden. Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an die Einwender und diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind (§ 74 Abs. 5 Satz 1 VwVfG NRW).
7. Vom Beginn der Auslegung des Plans tritt die Veränderungssperre nach § 44a EnWG in Kraft. Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt dem Vorhabenträger ein Vorkaufsrecht an den vom Plan betroffenen Flächen zu (§ 44a Abs. 3 EnWG).
8. Da das Vorhaben UVP-pflichtig ist, wird darauf hingewiesen,
  - dass die für das Verfahren zuständige Behörde und die für die Entscheidung über die Zulässigkeit des Vorhabens zuständige Behörde die Bezirksregierung Düsseldorf ist,
  - dass über die Zulässigkeit des Vorhabens durch Planfeststellungsbeschluss entschieden werden wird,
  - dass die ausgelegten Planunterlagen die nach § 6 Abs. 3 UVPG a. F. notwendigen Angaben enthalten und
  - dass die Anhörung zu den ausgelegten Planunterlagen auch die Einbeziehung der Öffentlichkeit zu den Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 9 Abs. 1 UVPG a. F. ist.

Hünxe, den 1. September 2017

gez.  
Peter Strube  
Gemeindebauoberamtsrat

**Bekanntmachung**

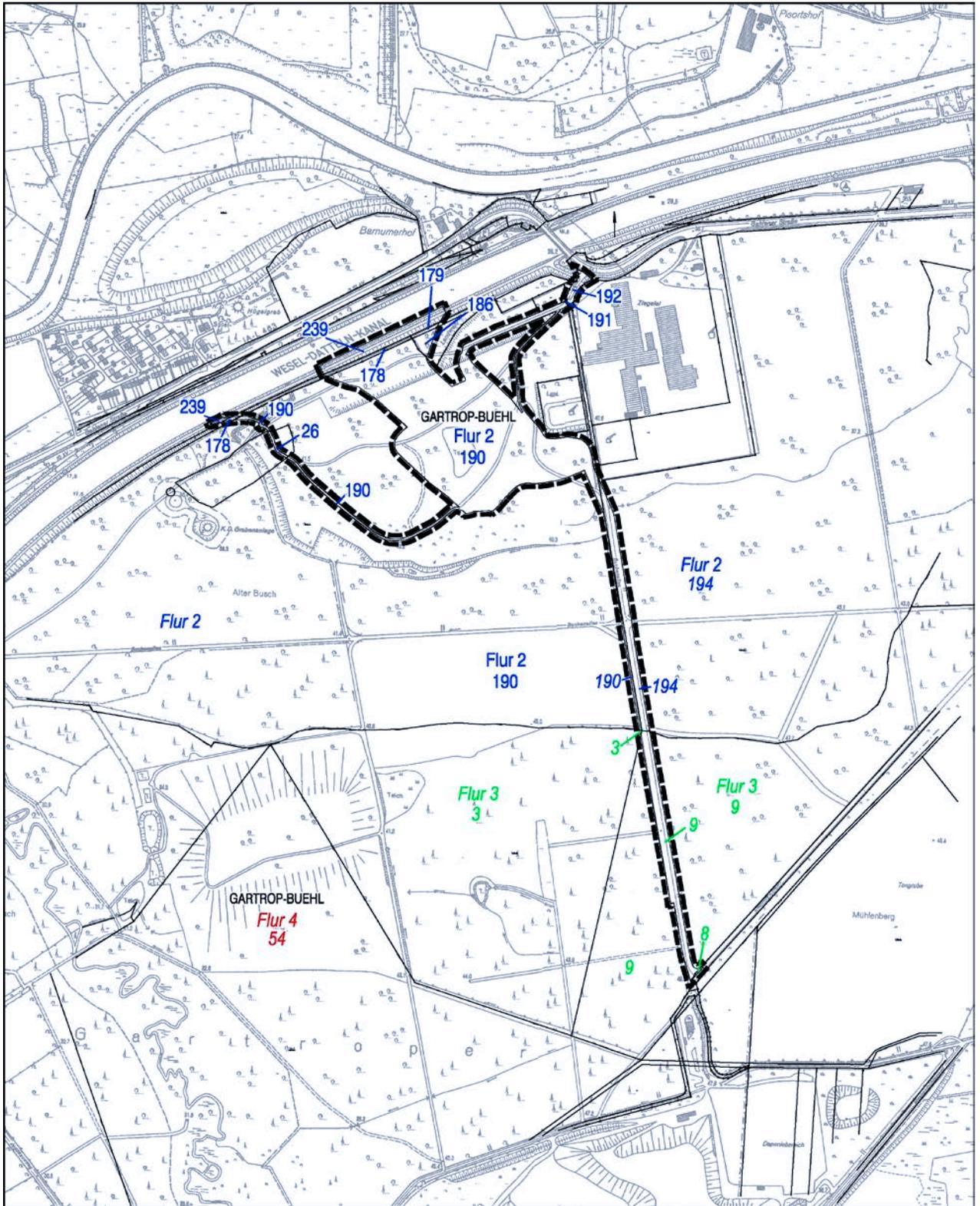
**Bebauungsplan Nr. 56**  
**„Hafen Egbert Constantin / Gartrop-Bühl“**  
**Satzungsbeschluss**

Der Rat der Gemeinde Hünxe hat in seiner Sitzung am 13.12.2016 in Kenntnis der Planzeichnung und der Entwurfsbegründung den folgenden Beschluss gemäß § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (Bundesgesetzblatt I S. 2414), in Verbindung mit § 7 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (Gesetz- und Verordnungsblatt Nordrhein- Westfalen Seite 666) – in der jeweils bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung – gefasst:

**„Der Bebauungsplan Nr. 56 der Gemeinde Hünxe "Hafen Egbert Constantin / Gartrop-Bühl" wird als Satzung gem. § 10 (1) BauGB beschlossen.“**

Der Bebauungsplan Nr. 56 der Gemeinde Hünxe hat zum Ziel, einen Hafen als Wasserfläche mit der entsprechenden Zweckbestimmung einschließlich der zugehörigen Nutzflächen als Sondergebiet Hafen – Logistikabwicklung, Austonungen und Verfüllungen / Deponien (DK I) im Gartroper Busch erstmalig planungsrechtlich zu sichern. Durch den Hafen soll eine wichtige Anbindung der Austonungs- und Verfüllungsbereiche im Gartroper Busch, insbesondere des Standorts Eichenallee, an den Wesel-Datteln-Kanal als verkehrsreichstem Schifffahrtskanal Deutschlands geschaffen werden.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 56 befindet sich in der Gemeinde Hünxe in der Gemarkung Gartrop-Bühl im nördlichen Gartroper Busch südlich des Wesel-Datteln-Kanals im Bereich eines Spülfeldes, mit den Dachziegelwerken Nelskamp und der Eichenallee im Osten sowie einem Graben (des Spülfeldes) und der Buchenallee im Süden und kann der nachfolgenden Planskizze entnommen werden.



**Abb.: Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 56  
 „Hafen Egbert Constantin / Gartrop-Bühl“  
 (der Geltungsbereich ist kurz-gestrichelt eingefasst)  
 Verkleinerung ohne Maßstab**

### **Bestätigung:**

Es wird hiermit gem. § 2 (3) der Bekanntmachungsverordnung (Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht - (BekanntmVO) bestätigt, dass der bekannt gemachte Beschluss im Wortlaut dem Beschluss des Rates der Gemeinde Hünxe vom 13.12.2016 entspricht. Der Beschluss ist ordnungsgemäß zustande gekommen. Es wird ebenfalls bestätigt, dass nach § 2 Abs. 1 und 2 der BekanntmVO in der zurzeit geltenden Fassung verfahren wurde.

### **Bekanntmachungsanordnung:**

Der Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan Nr. 56 „Hafen Egbert Constantin / Gartrop-Bühl“ wird hiermit gemäß § 10 (3) BauGB öffentlich bekannt gemacht.

Der Bebauungsplan wird mit dieser Bekanntmachung rechtskräftig und liegt mit seiner Begründung ab sofort im Geschäftsbereich III Bauen/Planen des Rathauses der Gemeinde Hünxe, in den Zimmern 301-303, Dorstener Straße 24, in 46569 Hünxe während der Dienstzeiten:

montags	08:00 - 12:00 Uhr und 14:00 - 16:00 Uhr
dienstags	08:00 - 12:00 Uhr und 14:00 - 16:00 Uhr
mittwochs	08:00 - 12:00 Uhr
donnerstags	08:00 - 12:00 Uhr und 14:00 - 17:00 Uhr
freitags	08:00 - 12:00 Uhr

zu jedermanns Einsicht bereit. Über die Inhalte wird auf Verlangen Auskunft gegeben.

### **Hinweis gem. § 215 (2) BauGB:**

Unbeachtlich werden

1. eine nach § 214 (1) Satz 1 Nr. 1 bis 3 beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 (2) beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 (3) Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind (§ 215 (1) BauGB). Adresse für die Geltendmachung der Verletzung von Vorschriften ist der Geschäftsbereich Bauen/Planen der Gemeinde Hünxe, Dorstener Straße 24 in 46569 Hünxe.

### **Hinweis gem. § 7 (6) Satz 1 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW):**

Gem. § 7 (6) Satz 1 Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der zuletzt geltenden Fassung, wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

### **Hinweis gem. § 44 (3) Satz 1 und 2 BauGB:**

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie des Absatzes 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen

Hünxe, den 04.09.2017

gez.

Der Bürgermeister

Dirk Buschmann